

Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

August/September 2017

Nr. 08/09 · 13. Jahrgang

Leben darf kein Luxus sein!

Potsdam und die Umlandgemeinden sind für viele Menschen ein Anziehungspunkt geworden. Die Region wächst. Was einerseits für die hiesige Attraktivität spricht, hat allerdings auch seine Schattenseiten. Bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper, die Mieten steigen. Der Ausbau der Infrastruktur kommt kaum hinterher. Es fehlen Kitas und Schulen, sowie belastbare Verkehrssysteme zwischen der Stadt und dem Umland, wie auch nach Berlin. Gleichzeitig haben viele Menschen das Gefühl, dass von ihrem Geld immer weniger übrig bleibt.

Diese Probleme werden sich nicht von alleine lösen. Wir brauchen eine andere, eine soziale Politik. Potsdam soll eine Stadt für alle sein, die hier leben wollen. Deswegen muss sozialer Wohnungsbau durch öffentlichen und genossenschaftlichen Neubau wiederbelebt und neu ausgerichtet werden. Privatinvestoren, die öffentliche Förderung in Anspruch nehmen, müssen zum anteiligen Bau von



Sozialwohnungen verpflichtet werden - mit dem Ziel lebendige vielfältige Quartiere zu entwickeln. Die Mietpreisbindung muss unbefristet sein. Die

Mieten müssen gedeckelt werden.

Armut muss konsequent bekämpft und Armutsrisiken verhindert werden. Wir brauchen einen Ausbau der gesetzlichen Rente und eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro, damit Altersarmut verhindert wird. Familien müssen stärker entlastet und unterstützt werden. Das Kindergeld muss erhöht und das entwürdigende Hartz-IV-System endlich abgeschafft werden.

Außerdem spricht sich DIE LINKE für ein öffentliches Investitionsprogramm aus Bundesmitteln aus, um Kommunen beim Bau von Schulen und Kitas zu unterstützen. Denn auch in Potsdam, Deutschlands kinderreichster Stadt, muss eine wohnortnahe Versorgung mit Schulen und Kitas gewährleistet sein.

Damit Leben in Potsdam kein Luxus ist, braucht es am 24. September Ihre Stimme für DIE LINKE.

Ihr Norbert Müller, MdB (Foto)

Persönliches und Politisches über Norbert Müller

Geboren wurde Norbert Müller 1986 in der Oderbruchstadt Wriezen. Aufgewachsen ist er in Strausberg, wo er auch sein Abitur ablegte. Seit der Jahrtausendwende war er aktiv in verschiedenen lokalen Initiativen im Antifa- und Bildungsbereich und arbeitete an mehreren Zeitungsprojekten mit.

Seit 2005 lebt er in der Landeshauptstadt. In diesem Jahr begann er auch sein Studium „Geschichte/Lebensge-

staltung, Ethik, Religion“ auf Lehramt an der Universität Potsdam. Von 2008 bis 2010 wirkte Norbert Müller als studentischer Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung (Potsdam). 2010 fungierte er als Bildungsreferent des Vereins zur Förderung einer solidarischen Wirtschaftsweise und der Völkerverständigung e.V. .

Neben seiner Mitgliedschaft in verschiedenen politischen Vereinigungen

ist der 31-jährige Mitglied im Babelsberger Kiezverein Babelsberg 03.

Norbert Müller ist stellvertretender Landesvorsitzender der LINKEN in Brandenburg und kandidiert (nach 2013) und 2017 für seine Partei bei der Bundestagswahl 2017 im Wahlkreis 61.

Er ist verheiratet und Vater von zwei Söhnen. (Quelle: www.norbert-mueller.net)

Soziale Gerechtigkeit – Worum geht es eigentlich?

Ein Kommentar von Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes

Viel wird derzeit von sozialer Gerechtigkeit geredet. Von einem Gerechtigkeitswahlkampf ist sogar die Rede. Doch was soll das sein, soziale Gerechtigkeit? Ge-



rechtigkeit und Ungerechtigkeit haben immer mit Gleichheit und Ungleichheit zu. Es sind zwei Seiten einer Medaille. Nun ist ja Ungleichheit erst einmal etwas Schönes. Wie trist wäre es, wenn alle und alles gleich wären? Ungleichheit bedeutet Vielfalt, jeder nach seiner Fassung, nach seiner Neigung, nach seinen Vorlieben. Jeder nach seiner ganz individuellen Persönlichkeit. Wer will schon Gleichmacherei, die nichts anderes meint, als Ungleiches gleich zu machen? Und doch: Die Anerkennung, dass alle Menschen bei aller Verschiedenheit die gleiche Würde haben, und die gleichen Rechte haben müssen, ist eine der großen Errungenschaften der Aufklärung. Die Anerkennung dieser Gleichheit ist eine Voraussetzung einer jeden demokratischen Gesellschaft. Wenn aber alle die gleiche Würde haben und damit jeder Menschen gleich viel wert ist, kann und darf Ungleichheit in einer aufgeklärten Gesellschaft von Mächtigen aufoktroziert sein. Der Gedanke der Gleichwürdigkeit ist für die Idee sozialer Gerechtigkeit zwingend. Privilegien müssen sehr gut begründet sein. Nicht wer arm ist, sondern wer reich ist, hat sich zu rechtfertigen. Soziale

(Fortsetzung auf Seite 2)

Informationen der Redaktion

Im September erscheinen keine „Potsdams andere Seiten“. Die nächste Ausgabe der „PaS“ kommt am 04. Oktober 2017. Redaktionsschluss ist am 23. September 2017.

Die Redaktion

Die Bundestagswahl: So funktioniert's

Bei einer Wahl können die Wähler in ihren Wahlkreisen entscheiden, wer ihr Land regieren soll.

Die Wahlkreise sind so eingeteilt, dass in jedem etwa gleich viele Wähler leben. Der Politiker oder die Politikerin, die in einem Wahlkreis die meisten Stimmen bekommt, vertritt die Menschen im Bundestag.

Das nennt man **Direktmandat**. Ein Mandat ist ein Auftrag. Der Begriff kommt vom lateinischen Ausdruck „ex mano datum“. Das bedeutet „etwas aus der Hand geben“. Die Wähler geben den Politikern durch ihre Stimme den Auftrag, sie im Bundestag zu vertreten. Über solche Direktmandate wird die Hälfte der Sitze im Bundestag vergeben.

Bei der Bundestagswahl hat jeder Wähler zwei Stimmen: eine **Erststimme** und eine **Zweitstimme**.

Mit der Erststimme wählt man direkt einen Kandidaten/eine Kandidatin aus dem Wahlkreis, in dem man wohnt. In Deutschland gibt es 299 Wahlkreise.

Mit der Zweitstimme wählt man keinen bestimmten Kandidaten, sondern eine Partei. Jede Partei hat vor der Wahl eine Liste aufgestellt. Darauf stehen die Politiker, die für die Partei im Bundestag arbeiten möchten.

Nach der Wahl werden die Stimmen aus allen Wahlkreisen zusammengezählt. Je mehr Stimmen

eine Partei bekommt, umso mehr Politiker von der Liste dieser Partei dürfen in den Bundestag. Die Zweitstimme wird daher auch Listenstimme genannt.

Fünf-Prozent-Hürde und Direktmandate: Um in den Bundestag zu kommen, brauchen die Parteien mindestens fünf Prozent der Stimmen. Dabei gibt es aber eine Ausnahme: Wenn eine Partei in mindestens drei Wahlkreisen Direktmandate gewinnt, darf sie Poli-

tiker auch in den Bundestag schicken, wenn sie insgesamt weniger als fünf Prozent der Zweitstimmen bekommen hat.

Die Bundestagswahl findet in diesem Jahr am 24. September statt. Wählen können Sie in einem Wahllokal in ihrer Nähe. Das ist auf der Wahlbenachrichtigungskarte vermerkt, die sie ca. sechs bis acht Wochen vor dem Wahltermin erhalten sollten. Falls nicht - erkundigen Sie sich bei Ihrer Gemeinde!

Briefwahl: Die Wahlbenachrichtigung benötigen Sie auch, wenn Sie am Wahltag nicht zu Hause wählen können. In diesem Fall haben Sie die Möglichkeit, Briefwahlunterlagen zu beantragen. Diese bekommen Sie von Ihrer Gemeinde nach Hause geschickt und können dann schon vor dem eigentlichen Wahltermin Ihre Stimme abgeben.

Ihren Stimmzettel senden Sie im verschlossenen Umschlag zurück. Dieser wird dann am Wahlabend geöffnet und zusammen mit den anderen Stimmen ausgezählt.

Auf dem Stimmzettel können Sie zwei Kreuze machen! Links finden Sie die Direktkandidaten aus ihrem Wahlkreis - hier wählen Sie eine Person, z.B. Norbert Müller. Auf der rechten Seite wählen Sie eine Partei, z.B. DIE LINKE. und bestimmen damit die Anzahl der Mandate, die sie im Bundestag erhält.

Also – Sie haben die Wahl!

Briefwahl für mehr Gerechtigkeit



DIE LINKE.

www.briefwahl-mit-links.de

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Kati Biesecke, Stefan Wollenberg,** Vorsitzende. Zeppelinstraße 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: medien punkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **H. Jo. Eggstein,** Layout; **Renate Frenz,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
 „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

(Fortsetzung von Seite 1)

Gerechtigkeit ist dann nicht mehr gegeben, wenn Privilegien nicht mehr nachvollziehbar begründbar sind. Wenn eine Krankenschwester 200 Jahre arbeiten müsste, um das zu erhalten, was sich der Vorstand eines DAX-Konzernes in einem Jahr gönnt, ist das schlechterdings nicht mehr begründbar. Wenn Firmenerben völlig leistungslos Millionen und Milliarden einstreichen, ohne nennenswert Steuern zahlen zu müssen, ist das nicht mehr begründbar. Wenn in Deutschland mittlerweile über fünf Billionen Euro Geldvermögen auf den privaten Konten liegt, und wenn

die reichsten zehn Prozent etwa drei Viertel des gesamten Vermögens unter sich aufteilen und die untere Hälfte auf der Einkommensleiter mehr oder weniger in die Röhre schaut, ist dies nicht mehr zu begründen. Ebenso wenig kann begründet werden, weshalb es im Land mit dem viertgrößten Bruttoinlandsprodukt der Welt zwei Millionen Kinder in Hartz IV leben müssen und ihrer Zukunftschancen beraubt werden. Wer solches anspricht, sieht sich schnell dem Vorwurf der Neiddiskussion ausgesetzt. Doch das ist falsch. Es geht nicht um Neid. Es geht mir um die große Zahl armer Kinder in diesem Land, die eine Bildungsoffensive bräuch-

ten. Es geht um die rund eine Million Langzeitarbeitslosen, für die wir endlich geförderte Arbeitsplätze brauchen, weil der Arbeitsmarkt ihnen sonst offensichtlich nichts bieten kann. Es geht um 360.000 Wohnungslose unter uns, die preiswerte Wohnungen brauchen, um Millionen von Pflegebedürftige, die mehr Personal mit mehr Zeit benötigen. Es geht um öffentliche Schwimmbäder und Büchereien, Jugendclubs, Altenclubs, Theater und Sportstätten. Es geht um eine inklusive Gesellschaft, eine Gesellschaft, die keinen zurücklässt und die für alle gleichermaßen lebenswert ist. Es geht ganz einfach um soziale Gerechtigkeit.

Bundestagswahlprogramm 2017

Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle.



Respekt und gute Arbeit

Fair: Mindestlohn, der zum Leben und für eine armutsfeste Rente reicht: 12 Euro! Neues Normalarbeitsverhältnis: Arbeitszeit kürzen, mehr Arbeit für Alle! Vollzeit um die 30 Stunden bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich. Unfreiwillige Teilzeit schränken wir ein. Zukunft planbar machen: Leiharbeit, Befristung und Missbrauch von Werkträgern stoppen.

Keine Angst vor Altersarmut

Lebensstandard sichern: Sicherungsniveau von 5,3 % - das sind 130 Euro mehr für den „Durchschnittsrentner! Gleiche Renten in Ost und West! Schluss mit Altersarmut: Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro, niedrige Löhne in der Rente aufwerten, das

Verdient

Sicherer Job, planbares Leben

DIE LINKE.

www.die-linke.de

sind z.B. 270 Euro mehr Rente für eine Verkäuferin. Statt Arbeiten bis zum Umfallen: Ab 65 sowie nach 40 Beitragsjahren abschlagsfrei in die Rente. Die Löhne und Renten sind im Osten immer noch niedriger als im Westen. Wir gleichen sie an.

Mindestsicherung ohne Sanktionen!

Die Würde des Menschen ist unantastbar: Hartz IV abschaffen, eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro einführen, ALG 1 verlängern, Hür-

RESPEKT

Renten mit Niveau

DIE LINKE.

www.die-linke.de

den abbauen. Kinderarmut beseitigen: Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen, Kindergrundsicherung von 573 Euro einführen. Das Öffentliche stärken: Sozialtarife für Strom, Sozialtickets; gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule.

Keine Zwei-Klassen-Medizin

Solidarische Gesundheitsversicherung: Alle zahlen mit allen Einkommen ein. Paritätische Finanzierung der Beiträge – wir senken die Beiträge auf unter 12 Prozent und niemand muss mehr für Brillen oder Zahnersatz zuzahlen. Aufwertung und gesetzliche Personalbemessung in Gesundheit und Pflege: 100 000 Pflegekräfte mehr in den Krankenhäusern. Pflegevollversicherung: Alle Leistungen werden übernommen. Alle zahlen mit allen Einkommen ein.

Bezahlbares Wohnen für alle

Investieren: Sozialen, kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau stärken: 250.000 Wohnungen pro Jahr. Sichern: Sozialbindung nicht auslaufen lassen, keine Mieterhöhung ohne Wert-erhöhung. Bremsen: Wirksam Spekulationen und Privatisierungen stoppen. Einfrieren und Absenken von Mieten im Milieuschutz / in angespannten Wohnlagen.

Umsetzen für soziale Gerechtigkeit

Gerechte Einkommensteuer: Wir senken die Steuern für Menschen mit durchschnittlichen und niedrigen Einkommen. Steuerfreibetrag aus 12.600 Euro erhöhen. Alle, die weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdienen, werden entlastet. Wir gleichen aus, indem wir hohe Einkommen stärker besteuern: Spitzensteuersatz 53 % über 70.000 Euro steuerpflichtiges Einkommen. Millionäre besteuern, Vermögenssteuer von 5 % auf alle Vermögen oberhalb von 1 Mio Euro. Die Reichensteuer erweitern: 60 % ab rund 260.000 Euro, 75 % auf Einkommen oberhalb von 1 Million Euro.

120 Mrd. Euro Zukunftsinvestitionen

Öffentliche Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge stärken, Arbeitsplätze vor allem in Bildung, Gesundheit, Pflege und Bauwirtschaft schaffen, mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und Wirtschaft und Energieversorgung ökologisch und sozial verträglich umbauen.

Soziale Offensive für alle

Wohnen, Bildung und Arbeitsmarkt: Investieren und sozial gerecht für Alle gestalten. Kein Sterben im Mittelmeer

ZUHAUSE

Mieten müssen bezahlbar sein

DIE LINKE.

www.die-linke.de

oder Erfrieren auf der Balkanroute: Legale Fluchtwege sind eine gemeinsame Verantwortung in Europa. Grundrecht auf Asylrecht wieder herstellen und Genfer Flüchtlingskonvention endlich durchsetzen.

Fluchtursachen bekämpfen!

Konsequent sein: Waffenexporte verbieten – vor allem in Krisengebiete.

GERECHT

Millionäre besteuern, mehr Geld für Kitas und Schulen

DIE LINKE.

www.die-linke.de

Abrüstungen: Keine Erhöhung des Militäretats und keine europäische Armee.

Frieden stärken: Europäische Entspannungspolitik statt Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Die Europäische Union neu starten

Statt Vorfahrt für die Unternehmen und Banken wollen wir, dass die Menschen an erster Stelle stehen. Wir wollen einen Aktionsplan gegen Erwerbslosigkeit in Europa und für soziale und ökologische Wirtschaft. Statt Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA brauchen wir einen fairen Handel und wirksamen Klimaschutz. Schluss mit der unsozialen Kürzungspolitik. Wir machen die Europäische Union sozial, demokratisch und lebenswert für alle.

Kinderrechte ins Grundgesetz

Die Bundesregierung muss ihre Blockadehaltung aufgeben

1989 verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen einstimmig das Übereinkommen über die Rechte des Kindes – die Kinderrechtskonvention. Etwa seitdem wird in Deutschland dafür gestritten, dass Kinderrechte ins Grundgesetz aufgenommen werden. Bislang ist allerdings wenig passiert. Dabei sind sich die großen Kinderschutzorganisationen, zahlreiche Wissenschaftler und laut einer aktuellen Umfrage auch die Mehrheit der Bundesbürger einig: Kinderrechte gehören ins Grundgesetz.

Kinder sind nämlich keine kleinen Erwachsenen. Sie haben besondere Bedürfnisse und Interessenlagen, aus denen sich kinderspezifische Rechte ableiten. Diese werden aber im Gesetzgebungsprozess kaum bis gar nicht berücksichtigt. Wenn Kinderrechte im Grundgesetz festgeschrieben würden, dann müsste den Interessen der Kinder deutlich konsequenter als bisher Vorrang eingeräumt werden. Außerdem erhoffe ich mir eine Stärkung der direkten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei politischen Entscheidungen.

Dass die besonderen Bedürfnisse und Interessen von Kindern bisher nicht die notwendige Beachtung finden, lässt sich beispielsweise bei Hartz IV beobachten. Kinder bleiben hier in Abhängigkeit von ihren Eltern unter ihrem verfassungsrechtlich verbrieften Bedarf. Statt einer konsequenten Sicherung ihres soziokulturellen Existenzminimums werden die Kinderregelsätze manipulativ heruntergerechnet und bei der Verhängung von Sanktionen gegen die Eltern spielen die Auswirkungen auf die Kinder kaum eine Rolle. Im Gegenteil: Paare mit Kindern in einer sogenannten Bedarfsgemeinschaft werden häufiger sanktioniert als Paare ohne Kinder. Rechtsverletzungen lassen sich auch im Umgang mit Flüchtlingskindern beobachten. Diesen wird zum Beispiel in den Erstaufnahmestellen mehrerer Bundesländer das Recht auf Bildung, der Schulbesuch, verwehrt. Auch werden bei der Prüfung des Asylanspruchs kinderspezifische Fluchtgründe so gut wie nie berücksichtigt.

Im Bundestag setzt sich DIE LINKE daher seit langem für die Festschreibung der Kinderrechte im Grundgesetz ein. Auch die Kinderkommission des Deutschen Bundestages folgt dieser Position. Einzig: die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen blockieren eine entsprechende Verfassungsänderung. Union und SPD müssen diese Blockadehaltung im Sinne der Kinder endlich aufgeben.

Norbert Müller

Von geschönten Zahlen und fehlenden Konsequenzen

Der 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung
Von Norbert Müller

Ein starker Anstieg von Armut und Reichtum in den vergangenen Jahren könne „anhand messbarer statistischer Daten [...] so nicht bestätigt werden.“ So steht es im 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, der seit einiger Zeit für Wirbel sorgt. Dass trotzdem ein Großteil der Bevölkerung der Auffassung sei, dass die Schere zwischen Arm und Reich in letzten Jahren weiter auseinandergegangen ist, zeige lediglich, „dass Wahrnehmung und messbare Realität mitunter auseinandergehen.“

Nun ist die Zunahme sozialer Ungerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, jedoch nicht nur ein unbegründetes Bauchgefühl, wie uns die Bundesregierung weiß machen will. Wie aktuelle Zahlen zeigen, muss tatsächlich von wachsender Armut gesprochen werden. So zeigen Auswertungen von Eurostat-Daten durch die LINKEN-Bundestagsabgeordnete Zimmermann, dass insgesamt 1,7 Millionen Kinder unter 16 Jahren in einem Haushalt leben, dessen Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Im Jahr 2006 hatte die Zahl der armutsgefährdeten Kinder mit 1,5 Millionen noch deutlich niedriger gelegen.

Auch der Soziologe Thomas Sablowski konstatiert in seinem Artikel „Die Armut des Armuts- und Reichtumsberichts“ für die Zeitschrift Luxemburg, trotz

anderslautender Behauptungen der Bundesregierung eine Zunahme der Armut in Deutschland. So schreibt Sablowski: „Die „Armutsrisikoquote“, d.h. der Anteil der Personen mit einem Nettoäquivalenzeinkommen unter 60% des Medianeinkommens, ist nach der Statistik der EU über die Einkommen und Lebensbedingungen von 15,5% im Jahr 2008 auf 16,7% im Jahr 2013 gestiegen (erster Entwurf, S. 540; zweiter Entwurf, S. 546). Dabei sind die staatlichen Sozialleistungen bereits in das Nettoäquivalenzeinkommen eingerechnet. Ohne staatliche Sozialleistungen hätte der Anteil der „Armutsgefährdeten“ über 25% gelegen (zweiter Entwurf, S. 552).“ Auch die Zahl der



Wohnungslosen sei in den letzten Jahren erheblich gestiegen.

Dass es die Bundesregierung allerdings mit für sie unangenehmen Fakten

Kinderarmut – Zeit zu handeln

In Deutschland ist jedes fünfte Kind arm. Das ist keine neue oder überraschende Entwicklung. Die Bundesregierungen, egal ob CDU/CSU, SPD, Grüne oder FDP regierten, haben bisher nichts getan, um daran Grundsätzliches zu ändern. Für die Kinder allerdings bedeutet die Untätigkeit der Politik zunehmend eine schlechtere gesundheitliche Versorgung, geringere Bildungs- und Teilhabechancen, nicht selten lebenslange Armut.

Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Erstens müssen wir mehr

Geld in die Familien geben. Denn Kinderarmut ist ursächlich verknüpft mit der Einkommensarmut der Eltern. Gleichzeitig werden Kinder für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen zum Armutsrisiko. Darum braucht es eine deutliche Erhöhung des Kindergelds auf 328 Euro. Für diejenigen, bei denen eine Erhöhung des Kindergelds nicht ausreicht, braucht es Kinderregelsätze, die wirklich vor Armut schützen. Diese Leistungen müssen unbürokratisch und sanktionsfrei gewährt werden.



UNSER MANN IM BUNDESTAG
NORBERT MÜLLER DIE LINKE.

nicht allzu genau nimmt, zeigt auch eine Posse, die sich im Vorfeld der Veröffentlichung des Berichts abspielte. So sollte im aktuellen Reichtumsbericht zum ersten Mal der Frage nachgegangen werden, wie sich der Einfluss von Eliten und Vermögenden auf politische Entscheidungen im Vergleich zum weniger vermögenden Teil der Bevölkerung verhält. Allerdings gefielen der Bundesregierung wohl die Ergebnisse dieser Untersuchung nicht. Denn während es in einer ersten Entwurfsfassung noch hieß: „Personen mit geringerem Einkommen verzichten auf politische Partizipation, weil sie Erfahrungen machen, dass sich die Politik in ihren Entscheidungen weniger an ihnen orientiert.“, ist davon im letztlich vom Kabinett beschlossenen 5. Armuts- und Reichtumsbericht nichts mehr zu finden.

Ein weiteres Manko aller Armuts- und Reichtumsberichte bisher sind die mangelnden Konsequenzen, die aus ihnen gezogen werden. Eigentlich sollen die Berichte immer zur Mitte der Legislatur vorgelegt werden. Allerdings ist es auch dieses Mal wieder so, dass der Armuts- und Reichtumsbericht kurz vor dem Ende der Wahlperiode im Bundestag behandelt wird. So gehen die Ergebnisse und die Diskussionen um zu ziehende Konsequenzen im Wahlkampf unter. Auch wenn die Regierungsfractionen bemüht sind, das Thema der sozialen Ungerechtigkeit gar nicht erst anzusprechen, wird DIE LINKE weiter den Finger in die Wunde legen und konkrete Vorschläge zur Beseitigung der Armut machen.

Zweitens brauchen wir eine Stärkung der sozialen Infrastruktur, um Kinderarmut langfristig zu bekämpfen. Das heißt, Bildung – dazu zählt für DIE LINKE auch die Kita – muss grundsätzlich kostenlos sein. Wir brauchen eine unentgeltliche Kita- und Schulverpflegung, den Ausbau der Kinder- und Jugendhilfe sowie kulturelle und sportliche Angebote. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch, nun ist es an der Zeit zu handeln.

Norbert Müller

LINKS wirkt – aus dem Bund direkt vor Ort

Norbert Müller (MdB),

Kandidat der LINKEN für den WK 61, spricht über Politik und familiäre Herausforderungen

Norbert Müller ist der Bundestagskandidat der LINKEN für den Wahlkreis 61. Dieser umfasst neben Potsdam auch Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf, Werder(Havel), Michendorf, Schwielowsee sowie Ludwigsfelde. Er ist 31 Jahre alt, verheiratet und Vater zweier Söhne. Bereits jetzt sitzt er als kinder- und jugendpolitischer Sprecher für DIE LINKE im Bundestag. Im Gespräch mit „Potsdams andere Seiten“ stellt er sich unseren Fragen und erläutert seine Motivation für die erneute Kandidatur.

Was motiviert Dich, erneut für das Bundestagsmandat zu streiten?

Die politische Arbeit in den letzten Jahren hat eines klar gezeigt: Es macht schon einen Unterschied, ob es in unseren Gemeinden einen LINKEN-Abgeordneten gibt oder nicht. Wer sonst verhindert Schießanlagen mitten im Siedlungsgebiet, am Rande der Döberitzer Heide, setzt sich für eine lebenswerte und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Innenstadt ein und bekennt, wenn nötig, Woche für Woche Farbe gegen neue und alte Nazis. In den kommenden Jahren gilt es die Bundespolitik zu verändern, damit die Mieten wieder bezahlbar, prekäre Arbeit zurückgedrängt und Armut von Kindern, Menschen mit und ohne Arbeit und von Rentnerinnen und Rentnern überwunden wird. Daran möchte ich mit aller Tatkraft mitwirken und glaube auch, dass ich das kann.

Was waren Deine Highlights und Tiefpunkte Deiner bisherigen Zeit im Bundestag?

Die Ehe für alle war auf gesamtparlamentarischer Ebene sicherlich der Höhepunkt, gerade weil es erfahrbar gemacht hat, was mit einer linken Mehrheit alles umsetzbar wäre. Als Mitglied und zeitweise Vorsitzender der Kinderkommission hatte ich viele spannende Begegnungen. Auch unsere überparteilich verabschiedeten Stellungnahmen können sich aus linker Perspektive sehen lassen. So konnten wir auch die Kommissionsmitglieder der Regierungsfractionen überzeugen, dass Minderjährige nicht zur Bundeswehr sollten und Hartz-IV-Sanktionen abgeschafft gehören. Oft viel zu lang-

weilig, weil monoton waren die Plenardebatten, bei denen die Regierungsmehrheit über 2/3 der Redezeit bestreitet und sich im eigenen Singsang badet.

Du bist Bundestagsabgeordneter, studierst und hast zwei Söhne im Kindergartenalter. Wie gehst du mit dieser Mehrfachbelastung um?

Meine Frau und ich wollen die Verantwortung für die Erziehung unserer beiden Kinder zu gleichen Teilen tragen. Diesem Anspruch zu genügen und

sicherlich das Wachstum. Immer mehr Menschen aus Nah und Fern zieht es in unsere Region, was ich sehr schön finde. Die öffentliche Daseinsfürsorge hat hier jedoch leider den Anschluss verloren bzw. wurde teilweise sogar noch abgebaut. Es fehlt an Kitas, Schulen und Jugendclubs sowie einem belastbaren öffentlichen Nahverkehr. Letzteres verlangt zum Beispiel einen raschen Ausbau des Schienenverkehrs in der TKS-Region. Stattdessen wird das Geld in Großprojekten förmlich verpulvert.



gleichzeitig meine Aufgaben als Bundestagsabgeordneter im vollen Maße auszuüben, ist schon ganz schöner Stress. Ich habe ja neben meinem Studium immer auch ziemlich viel gearbeitet und mich politisch engagiert, deswegen dachte ich, ich bekomme das schon alles irgendwie hin. Aber Bundestagsmandat und Kindererziehung sind dann eben doch was anderes. Dass ich beide Aufgaben voll erfülle und den an mich gestellten Ansprüchen gerecht werden kann, liegt sicherlich auch an der Hilfe unserer Eltern. Dafür sind wir Ihnen sehr dankbar. Meine Frau und ich sind aber auch ein gut eingespieltes Team. Das Studium habe ich über die 4 Jahre in Mandaten quasi ruhen lassen und bin jetzt auf der Zielgeraden.

Unser Wahlkreis ist sicherlich geprägt durch die Landeshauptstadt. Welchen Handlungsbedarf siehst Du in den Umlandgemeinden?

Gemeinsam ist der gesamten Region

Welche Großprojekte meinst Du?

Auf Landes- und Bundesebene fällt einem da vor allem BER ein, der Kostenexplosionen zu verzeichnen hat, die den BürgerInnen nicht zu vermitteln sind. Aber auch vor Ort gibt es so einige Luftschlösser. Sofort fallen mir ein: Marina in Teltow, die Blüthenherme in Werder und der geplante Wiederaufbau der Garnisonkirche in Potsdam. Alle drei Projekte zeigen eindrücklich, wie sich die verantwortliche Politik von den Interessen der BewohnerInnen entfremdet hat.

Zum Abschluss etwas Persönlicheres: Was sind Deine drei Lieblingsorte hier in der Region?

Ich bin gerne im Karl-Liebknecht-Stadion bei Spielen von Nulldreie. Mit meiner Familie bin ich außerdem gerne an der Havel unterwegs. Ob Templiner See, Krampnitzsee, Petzinsee – da fühlen wir 4 uns wohl. Mein liebster Ort ist aber seit einiger Zeit mein Garten. Hier finde ich Ruhe und Ausgleich.

Termine im Wahlkreis 61

Dienstag, 15.08., 18.00 Uhr:

Podiumsdiskussion „Politiker hautnah“, Club91, Kastanienallee 22d, Potsdam

Sonnabend, 26.08. ab 10.00 Uhr:

Wahlkampfauftakt im Lustgarten Potsdam – LINKES Sommerfest 2017 - mit Wahlfrühstücken... Politik, Kultur, Familienfest... red summer Festival

Sonnabend, 01.09.:

Kundgebung zum Weltfriedenstag, Denkmal für den unbekanntesten Deserteur, Platz der Einheit, Potsdam

Sonnabend, 01.09.:

Infoveranstaltung „Kindersoldaten“ im Lothar-Bisky-Haus, Alleestr. 3, Potsdam

Donnerstag, 14.09., 19.00 Uhr:

Podium „Verkehrspolitik“, Haus der Natur, Lindenstr. 34, Potsdam

Mittwoch, 20.09. 19.00 Uhr:

Podium „Integration in Potsdam“, Marienschule, Espengrund 10, Potsdam

Freitag, 22.09.:

Open-Air Konzert der Linksjugend. [solid] Bassinplatz, Potsdam

Sonnabend, 23.09.:

Wahlkampfabschluss mit Susanne Hennig-Wellsow und Norbert Müller, Luisenplatz, Potsdam

Sonntag, 24.09.

Bundestagswahl mit Ihrer Stimme für Soziale Gerechtigkeit!

Alle aktuellen Termine unter

www.norbert-mueller.net

Länger gemeinsam lernen in einer Schule für Alle

Noch immer entscheidet sich bereits nach der Grundschule, welche Chancen Kinder später haben. Deshalb wollen wir das dreigliedrige Schulsystem überwinden. DIE LINKE fordert eine Schule für alle. Studien haben erwiesen, dass diese Form der ganztägigen Gemeinschaftsschule die einzige Schulform ist, die dafür sorgt, dass Kinder aus armen Familien nicht systematisch schlechter abschneiden. Die Gemeinschaftsschule ist inklusiv, barrierefrei, ganztägig organisiert und bietet alle Schulabschlüsse an. Lehrkräfte, Schulsozialarbeit und Schulpsychologie sollen in multiprofessionellen Teams zusammenwirken. Die Gemeinschaftsschule ist demokratisch organisiert mit einer wirklichen Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern. Schule sollte so organisiert sein, dass die sozialen Unterschiede nicht noch verstärkt, sondern möglichst ausgeglichen werden. Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, eine Ganztagschule zu besuchen. Solange das nicht gewährleistet ist, fordern wir einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule.

Was sagen die anderen?

Die CDU, FDP und AfD wollen das mehrgliedrige Schulsystem beibehalten. Die SPD und Grüne wollen langfristig die Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen ausbauen und in Schulen investieren. Die Gemeinschaftsschule haben sie auf Landesebene bereits gefordert, tun es aber in ihren Bundestagswahlprogrammen nicht.

LINKE Argumente: In kaum einem anderen OECD-Land ist die Bildung so stark von der Herkunft abhängig wie in Deutschland – und keine andere Partei hat überzeugende Vorschläge, um das zu ändern. Durch längeres gemeinsames Lernen können soziale Unterschiede ausgeglichen werden. Modellprojekte haben erwiesen, dass gemeinsames Lernen allen Kindern zu Gute kommt, auch denjenigen, denen das Lernen leicht fällt. In der Schule geht es nicht nur darum, Inhalte zu vermitteln - es ist auch Ort, an dem soziales Leben stattfindet und Solidarität gelernt wird. *-red/sh*

LINKS macht den Unterschied

Was DIE LINKE in Verantwortung ändern könnte und will

Politiker bezeichnen ihre Entscheidungen nur allzu oft als alternativlos. Das Fatale daran ist nicht nur, dass diese Behauptung in den allermeisten Fällen falsch ist – das Fatale ist vor allem, dass diese Aussagen Menschen den Mut nehmen, Politikverdrossenheit schaffen.

Eine andere Politik, eine Politik, die das Leben für die Menschen in unserem Land spürbar verbessern würde, ein Leben in Würde und sozialer Sicherheit ermöglichen könnte – eine solche Politik ist möglich. Und die Bundestagswahl könnte Mehrheiten dafür schaffen.

Zuerst muss eine Mindestsicherung geschaffen werden, die allen Menschen – auch Empfängern von Sozialleistungen – ein Leben in Würde ermöglicht. Kleine und mittlere Einkommen müssen entlastet werden - steuerlich ebenso wie bei den Sozial-

versicherungsbeiträgen. Und damit das funktionieren kann, müssen hohe Einkommen und Vermögen wieder in ein echtes gesellschaftliches Solidarsystem eingebunden werden.

Dazu schlägt DIE LINKE, mit ihrem Wahlprogramm konkrete und umsetzbare Schritte vor:

- Mit einer sanktionsfreien Min-

destsicherung von 1.050 Euro im Monat wird das Existenzminimum für jeden Bürger garantiert.

● Die solidarische Bürgerversicherung sichert das Krankheits- und Pflegerisiko ab - ohne Zuzahlungen, zu 100%. Einzahlen müssen alle, egal ob Arbeitnehmer, Beamter oder Multimillionär. Die Beiträge sinken für alle.

● Einkommen unter 7.100,- Euro werden steuerlich entlastet. Dafür steigt der Spitzensteuersatz und es wird eine Vermögenssteuer eingeführt.

Mit diesen Maßnahmen kann es gelingen, die zunehmende soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft aufzuhalten und sogar umzukehren.

Was es dazu braucht? - Eine Ablösung der CDU-geführten Bundesregierung und der großen Koalition. Als Juniorpartner der CDU wird die SPD auch unter Martin Schulz weiter bestenfalls links blinken und dann rechts übernehmen.

Ein Ende der großen Koalition und die Chance auf eine wirklich andere Politik, auf ein sozial gerechteres Land gibt es nur mit der LINKEN! Sie haben es in der Hand!

*Stefan Wollenberg,
Vorsitzender des Kreisverbandes DIE LINKE.Potsdam*



www.die-linke.de

Besser mobil. Besser leben.

Bereits fünf Einbahnstraßen in der Landeshauptstadt wurden in diesem Jahr für den Radverkehr geöffnet. Dadurch können weitere Lücken im Potsdamer Radverkehrsnetz geschlossen und die Attraktivität des Fahrradfahrens in Potsdam weiter gesteigert werden. Die geöffneten Einbahnstraßen ermöglichen den Radfahrern direkte Verbindungen ohne unnötige Umwege. Zusätzlich tragen die neuen Verkehrswege zur Sicherheit der Fußgänger bei, da es auf den Fußwegen zu weniger Konflikten mit Radfahrern kommt.



In diesem Jahr wurden die Fichte-straße zwischen Maybachstraße und Kantstraße (Potsdam West), der Plantagenplatz zwischen Karl-Gruhl-Straße und Turmstraße (Babelsberg), die Ti-



zianstraße zwischen Seestraße und Böcklinstraße (Berliner Vorstadt), die Schillerstraße zwischen Schillerplatz und Wielandstraße (Potsdam West) und die Ruinenbergstraße bis Pappelallee für das Befahren in beide Richtungen freigegeben.

Somit wurden bis heute insgesamt 42 Einbahnstraßen sukzessive für den Radverkehr geöffnet. Dass dies von den Potsdamerinnen und Potsdamern

gut angenommen wird, zeigt auch die positive Bewertung beim ADFC-Fahrradklimatest 2016. Um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten, ist in diesen Straßen die gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer natürlich besonders wichtig. Besondere Vorsicht ist an den einmündenden Straßen geboten; die allgemeinen Verkehrsregeln gelten auch in den geöffneten Einbahnstraßen. *-Ihp*

Alternativen für den Pendlerverkehr schaffen

Ich fordere ein Umdenken in der Stadt – weg von einer einseitig autogerechten Stadt. Verbesserung der Lebensqualität der Menschen gehe nur mit der Verringerung von Verkehrsbelastung, der Verkürzung von Wegezeiten und der Optimierung von Verkehrsbeziehungen einher.

Es ist ja schön, wenn die beiden Bundestagskandidatinnen Dr. Ludwig (CDU) und Dr. Schüle (SPD) die Stadt in Bezug auf die Zeppelinstraße kritisieren. Hilfreicher und vor allem ehrlicher wäre es gewesen, sie hätten vorher mit ihren Stadtfractionen geredet. Diese tragen den Modellversuch – so wie er gerade stattfindet – mit.

DIE LINKE hat von Anfang an gesagt, es müssen zuerst attraktive Alternativen geschaffen werden, um Pendler zum Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Personennahverkehr zu motivieren. Erst dann könne man über eine Verengung nachdenken. Es ist unwahrscheinlich, dass der mit einer Verengung der Zeppelinstraße gewollte Druck auf die Autofahrer tatsächlich zu einem Umsteigen auf den ÖPNV

führt, gerade wenn Alternativen fehlen.

Alternativen wären zum Beispiel die Schaffung einer tariflichen Einheit zwischen Stellplatzangeboten und dem ÖPNV, wobei der Parkausweis gleichzeitig zur Nutzung des ÖPNV im ge-



samten Stadtgebiet berechtigt. Eine Taktverdichtung von Bus und Bahn – vor allem zur Rush Hour. Eine durchgehende Busspur. Sichere Fahrradwege. Schnelle Reaktivierung des Bahnhofes Pirschheide. Ziel muss es sein, Akzeptanz für das weitere Vorgehen zur Zurückdrängung der Schadstoffbelastung in der Potsdamer Bevölkerung zu erreichen und das auch im Umland.

Wir müssen Potsdam und seine Nachbargemeinden als eine Region sehen und gemeinsam entwickeln – und das bei vielen Politikfeldern - eines ist davon ist der Verkehr. Wir werden nur dann eine befriedigende Lösung finden, wenn alle Akteure gemeinsam an einem Strang ziehen. Es sollte angestrebt werden, eine einvernehmliche Lösung mit dem Landkreis Potsdam Mittelmark zu finden. Vielleicht geht das nur über gemeinsame Projekte. Warum kann die Stadt Potsdam nicht ein großes Parkhaus bei Werder bauen und finanzieren, um die Pendler schon dort in Bus und Bahn zu bekommen? Das wäre ein guter erster Schritt.

Norbert Müller

Rechenzentrum – es lohnt sich, darum zu kämpfen

Nicht täuschen lassen! Das Rechenzentrum - gut sichtbar in der Breiten Straße gelegen - lebt! Im Rechenzentrum brodel't! 250 Kreative haben hier ihren Arbeitsort: in der Malerei, der Fotografie, der Bildhauerei, im Schneidern, im Basteln, im Tanz, in der



Schauspielerei, in der Schriftstellerei, im Computerdesign, in der Kalligrafie, in der Zauberkunst und manchem mehr. Bildungs- und Kulturvereine haben hier Büros und Lern- und Begegnungsstätten, ein Mann und zwei Frauen planen hier fürs Fontanejahr 2019, und es gibt Werkstätten für Bilderahmen und Brillengestelle und Ideenschmieden für die Vermarktung von Kunst.

„Aber warum sieht man von draußen nichts von alledem?“, fragen die Leute. Da wäre nun über Geld zu reden und über die Sanierungssatzung usw. usf., aber dafür reicht hier der Platz nicht,

und deshalb vor allem dies: Die Nutzerinnen und Nutzer des prallvollen Hauses haben Mietverträge bis zum August 2018, und sie kämpfen um deren Verlängerung, und die Chancen stehen nicht schlecht. Denn der Garnisonkirchenturm – wenn denn im Herbst mit seiner Rekonstruktion begonnen wird – und das Rechenzentrum können nebeneinander bestehen. Und ein wunderbar spannungsreiches Ensemble aus Barock und DDR-Moderne bilden.

Damit das Wirklichkeit wird, braucht es noch mehr als bisher das stadtöffentliche Gespräch und Engagement.

Darum gibt es den Verein FÜR e.V. („Freundliche Übernahme des Rechenzentrums“), in dem Mitglied zu werden jede und jeder eingeladen ist, und es gibt die große Initiative „Stadtmitte für alle“, die sich mit wachsendem Einfluss für

den Erhalt der öffentlichen Flächen und die öffentliche Nutzung der Stadtmitte einsetzt. Ein Vorhaben, in das der Erhalt der Fachhochschule, des Staudenhofes und eben auch des Rechenzentrums eingeschlossen ist.

Und wen da die Fassaden stören: Die Bibliothek ist ein Beispiel, wie schnell und gut man sie erneuern kann. Das Rechenzentrum ist ein Ort der Kreativität erster Güte. Nicht am Rand, sondern mittendrin. Glücklicherweise die Stadt, die so etwas ihr Eigen nennen kann! Es lohnt sich, drum zu kämpfen. Infos unter rz-potsdam.de

Dr. Wolfram Adolphi

Es tut sich 'was im Lothar-Bisky-Haus

In den kommenden zwei Monaten werden zahlreiche Veranstaltungen noch mehr Leben in das Haus bringen: Lesungen, Film, Diskussion, Unterhaltung und Musik.

Beginnen wird das Ganze am Dienstag, 8. August, mit einem Buchbasar. Wir ermöglichen alten Büchern neue Besitzer zu finden. In der Zeit von 10 bis 16 Uhr wird auf dem Hof ein riesiger Buchstand aufgebaut, der auch durch Eure Bücher bereichert werden darf. Wer lieber einen Film ansehen möchte, der ist in unserem Montagskino herzlich willkommen. Los geht es am 14. August um 19.00 Uhr mit zwei Filmen, die sich mit dem Kampf der Landbauern gegen die Agrarkonzerne in Argentinien beschäftigen. „Sachamanta“ und „Tincunacuy“, zwei Filme mit insgesamt 65 Minuten Spiellänge regen zur Diskussion mit den Machern an. Daher haben wir diese auch eingeladen und sie kommen.

Ein Film, der auf diesen beiden Filmen aufbaut ist „Ohne Rast. Ohne Eile“. Er wird eine Woche später, also am 21. August, ebenfalls 19.00 Uhr aufgeführt. Über die weiteren Filme werden wir rechtzeitig informieren. Hier nur kurz die Daten:

28. August, 19.00 Uhr: „Im inneren Kreis“

4. September, 19.00 Uhr: „Geh und sieh“

11. September, 19.00 Uhr: „Der junge Karl Marx“

18. September, 19.00 Uhr (noch in Arbeit)

Wer lieber mal ein Buch lesen möchte und sich vorher über den Inhalt informieren will, der ist bei unserer Lesung mit Erhard Crome am 18. August um 18.00 Uhr richtig. „Faktencheck: Trump und die Deutschen“ lautet der Titel des Buches, welches er geschrieben hat. Gleich mehrere Frauen aus dem Landtag Brandenburg werden am 24. August ab 18.00 Uhr Frauenpower bieten, wenn sie aus unterschiedlichen Büchern lesen. Mit dabei werden unter anderem sein: Margitta Mächtig, Kathrin Dannenberg, Bettina Fortunato, Diana Bader, Gerrit Große und Anke Schwarzenberg.

Noch ein letzter Tipp für heute. Am 30. August wird es auf dem Hof des Lothar-Bisky-Haus richtig heiß. Ein Kubaabend wird karibisches Flair bringen. Dazu zeigen wir den Film „Transit Havana“, der sich mit dem Thema Geschlechterumwandlung beschäftigt. Dazu wird Harald Petzold ein Gespräch mit dem anwesenden Regisseur Daniel Abma führen. Beginn ist 19.00 Uhr, Einlass bereits um 18.00 Uhr.

Zu allen Veranstaltungen wird eine Versorgung mit einem kleinen Imbiss sowie Getränke vorbereitet.

Europa: Es wird Zeit zu handeln

Von Axel Troost, stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE und finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Die Krise der Eurozone und der europäischen Ökonomien ist bei weitem nicht überwunden. Jeden Tag, mit dem weiter Zeit gekauft wird, erhöhen die Fehlentwicklungen die Gefahr eines unkontrollierten Auseinanderbrechens. Vorschläge, wie denn eine realistische Alternative für eine Korrektur der Fehlentwicklungen in der EU aussehen könnte, liegen vor. In der Streitschrift "Europa geht auch solidarisch" habe ich mit anderen für konkrete Alternativen geworben. Die wichtigsten und zum großen Teil auch ohne Vertragsänderungen realisierbare Vorschläge sind:

Erstens: die Beendigung der kontraproduktiven neoliberalen Strukturpolitik und der Übergang zu einer europäischen Investitionsoffensive.

Zweitens: eine europäische Ausgleichsunion, die nicht nur mehr Wettbewerbsfähigkeit von wirtschaftlich schwächeren Ländern fordert, sondern diesen Ländern auch dabei hilft, dies zu erreichen. Dazu muss Deutschland endlich seine Leistungsbilanzüberschüsse abbauen.

Drittens: Das Europäische Parlament muss deutlich mehr Eigenmittel bekommen und mit demokratisch legitimierten europäischen Institutionen, sei es ein Finanzminister, sei es eine Wirtschaftsregierung, mindestens in der Euro-Zone ein Mindestmaß an Abstimmung in eine expansive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik bringen.

Viertens: Wir brauchen einen wirksamen Einstieg in eine europäische Sozialunion etwa im Bereich der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die in einigen EU-Mitgliedsländern nach wie vor erschreckend hoch ist.

All das klingt vordergründig so, als seien dies eher visionär Projekte. Das muss nicht so sein. Es ist an der Zeit, zu pragmatischen Lösungen zu kommen und wirkliche Fortschritte einzuleiten um die wachsende Divergenz der Arbeits- und Lebensverhältnisse in der Eurozone zu bekämpfen. Es bietet sich die Chance für eine neue Strategie zur Rückgewinnung von Vollbeschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit in Europa. Sie muss darauf setzen, die Probleme der Euro-Zone nicht mehr im nationalen Alleingang, sondern gemeinschaftlich zu lösen. Wir müssen handeln. (gek.)

Brandenburger Protest gegen Atomwaffen

Auch Brandenburger LINKE haben 'was gegen Atombomben auf deutschem Boden - darum fuhrn sie Ende Juli 2017 mit einem roten Kleinbus nach Büchel, Rhenland/Pfalz, um die dortigen Aktivisten zu unterstützen.

Am 21. Juli blockierten sechs Brandenburger LINKE die Einfahrten zum Luftwaffenstützpunkt Büchel als Protest gegen die letzten 20 A-Bomben auf deutschem Boden, die hier lagern (FOTO). Zwei Stunden Blockade des Fliegerhorstes Büchel zum Dienstbeginn, eine Stunde Mahnwache zum Dienstende. Eine Aktion von vielen Protestaktionen vor Ort, mit der wir ein erkennbares Zeichen eines Brandenburger Protestes gegen Atomwaffen

gezeigt haben. Die Friedensaktivisten vor Ort waren für diese solidarische Unterstützung sehr dankbar. Nachdem im Juli 2017 122 Mitgliedsstaaten der UNO einem Vertrag zum weltweiten Verbot von Atomwaffen zugestimmt haben, gilt es nun den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen, diesem Vertrag beizutreten und sich endlich für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen. Die Stationierung in Büchel bringt keine Sicherheit - im Gegenteil! Büchel wird damit auch zu einem strategischen Vernichtungsziel durch russische Atomwaffen. Was bleibt dann von einer herrlichen Landschaft an Rhein und Mosel übrig? Ein Atomkrieg lässt sich nicht mehr

begrenzen - das Ende der Menschheit wäre die Folge.

Wir stehen vor der Bundestagswahl. Jede/r von uns hat die Macht, in Fragen Krieg und Frieden mit zu entscheiden. Welche Partei spricht sich für ein Ende von Rüstungsexporten, gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr, atomare Abrüstung und für Reduzierung der Rüstungsausgaben aus??? Das sind die Kernfragen auch für die Zukunft unserer Kinder und Enkel, aber auch die Grundvoraussetzung für eine friedlichere Welt, in der auch kein Mensch mehr verhungern oder verdursten muss. Jede Stimme für DIE LINKE bringt uns diesem Ziel ein Stückchen näher.

Bernd Lachmann



Frieden schaffen ohne Waffen!

Die Bundeswehr ist mittlerweile an 17 (!) Auslandseinsätzen beteiligt. Die Rüstungsexporte befinden sich auf einem historischen Höchststand. Aber CDU-Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und die Koalition wollen die Bundeswehr weiter massiv aufstocken. So will das Ministerium bis 2030 rund 130 Milliarden in die Aufrüstung stecken. Das schafft keinen Frieden. Wir brauchen ein Ende der Rüstungsspirale. Krieg ist für DIE LINKE kein Mittel der Politik! Wir wollen die Diplomatie wiederbeleben.

Fakt ist: Die Welt war seit langem nicht mehr so unsicher wie heute. In Afghanistan und im Irak geht das Blutvergießen weiter. In Syrien und der gesamten Mittelmeerregion sind Millionen von Menschen auf der Flucht vor Bomben, Terror und Hunger. Mit dem Bürgerkrieg in der Ukraine gibt es auch an der Grenze der EU wieder Krieg. Statt für Frieden und Sicherheit zu sorgen, heizen NATO und Bundesregierung die Konfliktherde weiter an.

Das Säbelrasseln zwischen den ehe-



maligen Blöcken des Kalten Kriegs muss aufhören. Es bedarf eines ernsthaften Dialogs zwischen allen Beteiligten. DIE LINKE will alle im Auslandseinsatz befindlichen Bundeswehrsoldaten zurückholen. Wir wollen das Ende der Stationierung von Atomwaffen in Deutschland und ernsthafte weltweite Abrüstungsgespräche. Das Geschäft mit dem Tod muss beendet werden. Das heißt: Stopp aller Rüstungsexporte. Überhaupt sollte mit

der Produktion von Waffen kein Geld verdient werden. Daher streben wir einen mittelfristigen Abbau aller Rüstungsindustrie an, jedoch nicht ohne die dort Tätigen in zivile Wirtschaftsbereiche zu integrieren.

Um den Terror nachhaltig zu bekämpfen muss die Terrorfinanzierung konsequent ausgetrocknet und den Menschen weltweit eine Perspektive gegeben werden. Das wären Schritte zum Frieden, statt immer mehr Krieg, Konfrontation und Aufrüstung.

Anstatt immer mehr Minderjährige in die Bundeswehr zu holen und militärische Werbekampagnen kindgerecht zu gestalten, streiten wir für eine konsequente Friedenserziehung.

Wir werden mit solchen Positionen oft als Träumer dargestellt. Das will ich nicht akzeptieren, solange nicht wirklich alle Mittel der zivilen Friedensarbeit ausgeschöpft wurden. Krieg hat jedenfalls noch nie zum Frieden geführt. Wer was anderes behauptet, lügt sich selbst in die Tasche.

Norbert Müller

Tolerantes Brandenburg – eine Erfolgsgeschichte für ein gutes Miteinander

Am 16. Juli 2017 fand in Eichhorst (Barnim) das diesjährige Schorfheidefrühstück statt. Organisator war das Aktionsbündnis

„Bunte Schorfheide“. Die Veranstaltung sollte zeigen, dass die Gemeinde Schorfheide ein weltöffener und toleranter Ort ist, an dem rechtsradikales Gedankengut keinen Platz hat. Auch das Willkommensteam des Bürgervereins Groß Schönebeck/Schorfheide leistete eine

engagierte Arbeit, um Geflüchtete in das dörfliche Leben einzubinden.

Das ist nur ein Beispiel aus dem aktuellen Bericht der Landesregierung zum Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“. Er dokumentiert, welche vielfältigen Aktivitäten in allen Landesteilen stattfinden, wie umfassend und konsequent das Land Brandenburg gemeinsam mit Akteuren der Koordinierungsstelle, des Beratungsnetzwerks

und der Kooperationspartner, den Kampf gegen rechtsextreme, rassistische und fremdenfeindliche gesellschaftliche Entwicklungen führt. Darauf können wir stolz sein.

Im nächsten Jahr gibt es das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ 20 Jahre lang. Das Ziel, ein tolerantes und weltoffenes Brandenburg ohne Rassismus, Fremdenfeindlich-

keit und Gewalt, ohne Hetze gegen gesellschaftliche Gruppen und mit einer Kultur des Miteinanders, des einander Zuhörens und aufeinander Eingehens, zu schaffen, eint die Akteure. Sie alle haben mit dafür gesorgt, dass Brandenburg die schwierige gesellschaftliche Situation der vergangenen zwei Jahre gemeistert hat. Die vielen ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen in diesem Bereich haben dafür

gesorgt, dass wir neben einer aktiven Willkommenskultur auch eine Integrationskultur entwickeln konnten und weiter entwickeln.

Eigentlich wäre es wünschenswert, dass wir irgendwann gemeinsam zu der Erkenntnis kommen, wir brauchen das Tolerante Brandenburg nicht mehr, weil Toleranz und Weltoffenheit eine Selbstverständlichkeit sind. Doch wie der Bericht zeigt, sind wir davon jedoch leider weit entfernt. Aktuell weniger Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte können darüber hinweg täuschen, dass rechtsextreme Strukturen in einigen Regionen heute gestärkt und besser verankert aus den Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre hervorgegangen sind.

Der Kampf um Weltoffenheit und Toleranz ist nur zu gewinnen, wenn es Menschen gibt, die mutig und offen für diese Werte eintreten. Alle, die dies tun, werden wir auch weiterhin mit aller Kraft unterstützen.

Andrea Johlige (Mdl DIE LINKE/Foto)



„Der Pass ist das Edelste am Menschen“

Erschütternder Brief eines Flüchtlings aus Syrien

Ich bin ein Mensch und trotz aller Grausamkeit, die ich in den letzten Jahren erleben musste, ist mein Glaube an die Menschlichkeit ungebrochen. Deshalb suche ich in meiner Schwäche und Verzweiflung Hilfe von anderen Menschen.

Ich heiße Aubaeda und komme aus Syrien, einem Land, in dem man relativ gut leben konnte, in dem es aber immer an „Freiheit“ mangelte. Der fürchterliche Krieg in meinem Land hat unserer komplettes Leben zerstört, wirklich das gesamte Leben: die Menschen, die Natur, sogar die Steine und Felsen. Die Mehrheit der 24 Millionen Syrer wurde über Nacht „Opfer“. Jede Familie ist von diesem Schrecken und der Hoffnungslosigkeit betroffen. So viele Familien wurden auf dem Altar dieses schmutzigen Krieges geopfert, einem Krieg, der aus der Gier nach Macht und Profit geführt wird.

Es ist der Schmerz, der unsere Herzen überwältigt. Unsere Ängste kreisen

um das Zentrum unseres Universums und dem Motor unserer Träume: unsere Mutter. Sie leidet an einer schweren Herzerkrankung. Das Herz kann kaum seine Aufgabe erfüllen, dennoch zwingt meine Mutter ihren Körper in einen dauerhaften Zustand des Lebensdurstes. Ihr gesundheitlicher Zustand verschlimmert sich von Tag zu Tag. Ohne eine baldige Behandlung wird die Krankheit meine Mutter töten, und damit auch mich. Wir haben überall in Syrien nach einer Behandlung gesucht, konnten aber aufgrund des Krieges nirgendwo Hilfe finden. Es gibt zwar noch immer Krankenhäuser in Syrien, aber alle Ärzte, die meiner Mutter helfen könnten, sind entweder getötet worden oder haben das Land verlassen. Sie braucht jetzt dringend eine Operation, die aber leider derzeit in Syrien nicht durchgeführt werden kann.

Diese Situation war für mich abschlaggebend, die Idee der Emigration

zu akzeptieren und die irrsinnige Flucht ins Unbekannte zu wagen, um nach irgendeiner Hoffnung oder einem Licht am Horizont zu suchen. Selbst wenn ich mich an diesem Licht verbrennen sollte.

Die Charité in Berlin hat ein Behandlungsangebot für meine Mutter erstellt. Die Kosten für die Operation und die Nachbehandlung belaufen sich auf 22.450,00 €. Dazu kämen noch Ausgaben für die Beschaffung eines Medizinisums und den Transport. Nun stehe ich vor Ihnen hier und bitte Sie als Mensch um Hilfe, damit ich das Leben meiner Mutter retten kann.

Spendenkonto Kontoinhaber: CULTUS UG Kontonummer: 1000 8649 83 Bankleitzahl: 160 500 00 IBAN: DE54 1605 0000 1000 8649 83 Überweisungszweck: Spende Herzoperation Treuhandkonto - Spendenquittungen auf Anfrage per Mail (herzoperation2017@gmail.com) möglich.

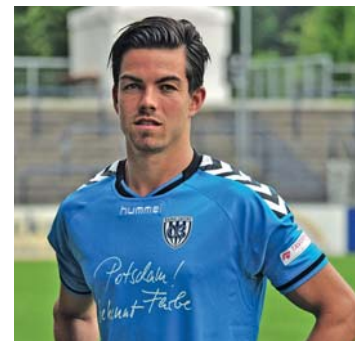
REFUGEEES
DIE LINKE.
WELCOME

Babelsberg 03 macht Werbung mit „Potsdam! bekennt Farbe“

Im Mai diesen Jahres wurde der SV Babelsberg 03 Mitglied im Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“. Nun zieht der Verein mit diesem Schriftzug auf den Trikots in die Regionalligasaison 2017/18.

SVB-Marketingleiter Thoralf Höntze: „Das Engagement gegen Rechts, Homophobie, Diskriminierung und Rassismus sind unumstößliche Grundsätze und Teil der Identifikation von Fans und Verein. Somit war der Beitritt in das breite Bündnis nur ein logischer und sinnvoller Schritt.“ Genauso konsequent sei es nun, das Bekenntnis deutlich zu zeigen.

Das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ spiegelt ein breites gesellschaftliches Spektrum aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung wider. Was im Jahr 2002 mit 13 Vertreterinnen und Vertretern begann, wird heute von mehr als 35 Mitgliedern fortgeführt. Kürzlich feierte das Bündnis sein 15-jähriges Bestehen.



Mike Eglseder, SV Babelsberg 03
Foto: SV Babelsberg 03

Vermögenssteuer – Umsteuern für soziale Gerechtigkeit

Reichtum und Armut in Deutschland nehmen zu. Die reichsten zehn Prozent besitzen weit mehr als die Hälfte des gesellschaftlichen Reichtums, die untere Hälfte der Bevölkerung besitzt gerade mal 2,5 Prozent. Deutschland ist eines von vier Ländern mit den meisten Millionärinnen und Millionären. Aber eine Vermögenssteuer wird nicht erhoben. Wir wollen das ändern. Denn mehr Gerechtigkeit und eine starke öffentliche Daseinsvorsorge gibt es nur, wenn die Unteren entlastet werden – und die Oberen stärker belastet. Es ist genug für alle da, wenn alle genug beitragen.

Wir finanzieren Investitionen in eine gute öffentliche Versorgung und einen Sozialstaat, der alle Menschen sicher vor Armut schützt. Und wir werden Arbeitsplätze schaffen und ökologische Formen der Wirtschaft stärken. Vermögen ab einer Million Euro sollen mit fünf Prozent besteuert werden. Die erste Million ist davon freigestellt. Betriebsnotwendiges Vermögen kann bis fünf Millionen freigestellt werden. Eine solche Vermögenssteuer würde 80 Milliarden Euro Mehreinnahmen im Jahr bringen.

Was sagen die anderen?

Die SPD will keine Vermögenssteuer, da Firmen in wirtschaftlicher Schieflage dadurch existenziell belastet werden könnten. Stattdessen will sie eine bessere Erbschaftsteuer. Im Wahlprogramm der Grünen steht zwar, dass die Grünen eine „verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche“ wollen. Aber ab wann diese Steuer zieht, wer wie viel zahlt – diese Fragen werden nicht beantwortet. Die AfD will keine Vermögenssteuer einführen – und dafür „50 bis 60 Milliarden Euro im Haushalt für Soziales“ kürzen, damit die Umsatzsteuer weiter gesenkt werden kann.!

LINKE Argumente: Die Vermögenssteuer ist im Grundgesetz vorgesehen, sie wurde 1997 ausgesetzt, weil Immobilienvermögen nicht korrekt einbezogen waren. Eine verbesserte Fassung – wie vom BVerfG gefordert – wurde von den Bundesregierungen nie erarbeitet. Die Vermögenssteuer stünde den Bundesländern zur Verfügung, die damit Investitionen in Bildung, Gesundheit, Verkehr tätigen könnten. Durch die Freistellung von betriebsnotwendigem Vermögen wird verhindert, dass kleine Unternehmen in ihrer Existenz gefährdet werden. -red/sk

Sozial- und Erziehungsberufe aufwerten

Die Arbeit mit Menschen ist unersetzlich, trotzdem erhalten die Beschäftigten nicht die Anerkennung. Die Arbeit mit Menschen wird viel schlechter bezahlt, als die Arbeit mit Autos oder die Verwaltung von Geld. Beschäftigte in Kindertagesstätten, der Jugendhilfe, Werkstätten und Wohnheimen für behinderte Menschen und anderen Einrichtungen arbeiten zu geringen Löhnen, obwohl die Anforderungen in den letzten Jahren gestiegen sind. Sie leisten oft die Arbeit pädagogischer Fachkräfte, werden aber nicht so bezahlt. Deshalb fordert DIE LINKE eine Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe. Sie verdienen größere Wertschätzung, bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen. Dazu gehört auch die Anrechnung von Vor- und Nachbereitungszeiten, Fortbildung und Krankheit auf den Betreuungsschlüssel. Wir wollen die Ausbildung als Erzieherin und Erzieher in der frühkindlichen Bildung auf Hochschulniveau anheben. Aber auch für Frauen und Männer ohne Hochschulzugangsberechtigung wollen wir attraktivere Berufsbilder in der Kindertagesbetreuung schaffen. Das beginnt mit einer



Vergütung in der Ausbildung und der Abschaffung des Schulgeldes. Außerdem fehlt Personal in Bildung und Erziehung. Bei den Erzieherinnen fehlen etwa laut der Gewerkschaft ver.di bundesweit etwa 120.000 zusätzliche Stellen, um sicherzustellen, dass eine Erzieherin maximal drei Kinder unter drei Jahren gleichzeitig betreut. DIE LINKE will in mehr Personal investieren. Mit unserem Steuerkonzept ist das durchgerechnet.

Was sagen die anderen?

Die CDU will „ausreichend“ Personal, sagt aber nichts zur Bezahlung. Die SPD will soziale Berufe aufwerten, z.B. durch Ausbildungsvergütung und einen Branchentarifvertrag. Die Grünen wollen in Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen investieren und Rahmenbedingungen schaffen um sie besser zu bezahlen. Auch die FDP setzt sich für bessere Bezahlung von Kita-

Personal ein. Die AfD macht keine konkreten Vorschläge

LINKE Argumente: Die große Koalition hätte handeln können, hat es aber nicht getan. Auch unter Schwarz-Gelb und Rot-Grün hat sich für Beschäftigte in Sozial- und Erziehungsberufen nichts verbessert. Stattdessen prangern alle Parteien Entwicklungen an, die sie hätten verhindern oder besser gestalten können. Eher ist das Gegenteil passiert: So leiden etwa Beschäftigte im Sozial- und Erziehungswesen unter der Ausweitung des Niedriglohnsektors und Kürzungen in den Kommunen, die aus der „Politik der schwarzen Null“ folgen. Nur DIE LINKE fordert konsequent eine bessere Bezahlung und mehr Personal. Das ist ohne Umverteilung vom Privaten zum Öffentlichen nicht zu machen – und die wollen die anderen Parteien nicht wirklich umsetzen. -red/sk

Nähe
Mehr Personal in Pflege und Gesundheit
DIE LINKE.
www.die-linke.de

DIE LINKE setzt sich für gebührenfreie Bildung von der Kita bis zu Hochschule ein

Bildung und gute Betreuung darf nicht vom Geldbeutel abhängen! Nur so ist der Zugang zu Bildung für alle gewährleistet, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Bildung muss ausreichend finanziert werden. Wir lehnen Studiengebühren ab – wie die breite Mehrheit der Bevölkerung. Dass es sich lohnt, für gebührenfreie Bildung zu kämpfen, hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt: Nach langen Protesten wurden die Gebühren nach und nach in allen Bundesländern abgeschafft, zuletzt 2013 in Bayern. Jegliche Form von Studiengebühren für Menschen mit und ohne deutschen Pass schaffen wir ab. Wir

schlagen dazu ein Bundesgesetz zur Hochschulzulassung vor.

Was sagen die anderen? Die CDU fordert keine allgemeinen Studiengebühren mehr, hat sie aber mit der FDP in NRW, mit den Grünen in Baden-Württemberg und mit der SPD in Sachsen teilweise wieder eingeführt. SPD und Grüne lehnen Studiengebühren in ihren Programmentwürfen ab, waren bei der Wiedereinführung für Zweitstudierende und EU-Ausländer aber jeweils dabei. Die FDP befürwortet Studiengebühren. Die AfD äußert sich nicht dazu.!

LINKE Argumente: Bildung soll zugänglich für alle sein, egal ob jemand

aus einem anderen Land kommt oder nach dem ersten Studium noch ein zweites beginnen möchte. Für gebührenfreie und gute Bildung nicht ausreichend Geld zur Verfügung zu stellen, ist eine politische Entscheidung. Wofür wollen wir in unserer Gesellschaft Geld ausgeben, Steuergeschenke für Reiche, Aufrüstung oder gute Bildung für alle? Die schrittweise Wiedereinführung von Studiengebühren macht sie salonfähig. Sie zeigt, wie ernst es den Parteien mit der gebührenfreien Bildung wirklich ist. Gerade SPD und Grüne haben sich öffentlich als Gegner von Gebühren hervorgerufen. -red/sk

AfD will zurück zur Nation als ‚Abstammungsgemeinschaft‘

Erzkonservative Familientwürfe im Bundestagswahlprogramm

Familienpolitische Forderungen inklusive der Ablehnung des „Gendermainstreaming“ sind zentrale Aspekte der AfD-Programmatik. Die Auseinandersetzung damit ist unerlässlich, um für die politische Auseinandersetzung gut vorbereitet zu sein. Im Zusammenhang mit dem aktuellen AfD-Bundestagswahlprogramm kann man Folgendes feststellen:

Die AfD vertritt stark konservative Positionen, die von einer „natürlichen“ Geschlechterordnung felsenfest ausgehen. Sie versucht, die sich verändernden, offeneren Vorstellungen von Geschlechtsidentitäten im öffentlichen Diskurs zu marginalisieren. Für die AfD gibt es nur eine heterosexuelle Norm. Deshalb würden ihre politischen Vorschläge nicht die Vielfalt fördern, sondern sie sehr wahrscheinlich einschränken. Man findet höchst fragwürdige Türöffner für Sanktionierungen, beispielsweise bei Scheidungsfragen (z. B. S. 37).

Die Familie, also ein Ehepaar mit vielen Kindern, soll das deutsche Staatsvolk im Sinne der AfD wieder stärker vermehren (S. 36). Die Partei verknüpft hier Familienpolitik mit dem Ziel eines ethnisch homogeneren, deutschen National-

staates, der idealiter eine Abstammungsgemeinschaft für die AfD ist. Das zeichnet sich an der Forderung ab, das Territorialprinzip beim Thema Staatsbürgerschaft wieder abzuschaffen (S. 31). Das „Gendermainstreaming“ ist außerdem für die AfD der innere Feind, der das „deutsche Staatsvolk“ und sein Wachstum bedrohe. Es wird als Instrumentarium staatlicher Unterdrückung dargestellt, dem es sich zu widersetzen gelte (S. 39). Hinzu

kommt eine eindeutige, grundsätzliche Ablehnung von Schwangerschaftsunterbrechungen (S. 38). Da die AfD den Kapitalismus in seiner derzeitigen Ausprägung nicht grundsätzlich kritisiert, erfüllt die Familie allerdings die Funktion eines Rückzugsortes vor dessen

MENSCH

Entschieden gegen rechte Hetze
DIE LINKE.

www.die-linke.de



Auswüchsen – Familie hält als Gegengewicht her für den von der AfD propagierten wirtschaftlichen Wettbewerb von Nationalstaaten.

Kurz: Die AfD arbeitet kontinuierlich daran, den öffentlichen Diskurs wieder umzukehren. Dieser hat sich mittlerweile in der Bundesrepublik für eine Vielfalt geschlechtlicher Identitäten geöffnet, auch im Bildungssystem. Aber: Wer davon ausgeht, dass dies ein unumstößlicher gesellschaftlicher Konsens ist, verschließt die Augen vor der Durchsetzungskraft des Glaubens an die vermeintlich „natürliche“ Rollenverteilung für Männer und Frauen, die andere Geschlechtsidentitäten unsichtbar macht und nach wie vor als Begründung für Ungleichbehandlungen herhält. Politische Überzeugungsarbeit auf allen Ebenen bleibt daher für uns eine wichtige fortwährende Aufgabe.

Gesine Dannenberg, Potsdamer Stadtverordnete für DIE LINKE (Foto)



Gleichstellungsbeauftragte ruft Frauen zur Wahl auf

Wenige Wochen vor der Bundestagswahl rufen über 40 Frauenverbände und zivilgesellschaftliche Organisationen, zu denen auch die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten gehören, Frauen in Deutschland dazu auf, ihre Stimme für Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt, für Respekt, Toleranz und Mitmenschlichkeit und für eine demokratische Gesellschaft abzugeben.

„Vor fast 100 Jahren hatten Frauen in Deutschland erstmals das Recht, sich an Wahlen zu beteiligen. Dieses historische Datum erinnert und mahnt, dieses Recht

auch in Anspruch zu nehmen“, sagt die Potsdamer Gleichstellungsbeauftragte Martina Trauth-Koschnick. „Denn wo sich Engstirnigkeit, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtspopulismus breitmachen, stehen immer auch die Rechte von Frauen auf dem Spiel.“

Der Wahlauftritt der Frauenverbände fordert dazu auf, Kandidatinnen und Kandidaten sowie die Parteien zu wählen, die für eine gleichberechtigte Gesellschaft stehen. Damit möchten die Frauenverbände die politischen Kräfte stärken, die sich dafür einsetzen, dass Frauen und

Männer die gleichen Chancen auf ein selbstbestimmtes und diskriminierungsfreies Leben in wirtschaftlicher Unabhängigkeit haben. Dazu gehört auch ein Familienverständnis, das Männern die Teilhabe an der Erziehung ihrer Kinder und der Pflege ihrer Eltern ermöglicht und gleichzeitig die Verantwortung für Haus- und Familienarbeit nicht vorenthält. Ebenso wie das Eintreten für einen Rechtsstaat, der Frauen und Kindern Schutz vor physischer und psychischer Gewalt garantiert – ohne Wenn und Aber.

-red/lhp

DIE LINKE lacht und kämpft

Vieles spricht dafür, dass DIE LINKE quicklebendig ist und mit Optimismus auf die kommenden Wahlen schauen kann. In außerordentlich bewegten Zeiten hat sich die Partei neu aufgestellt und gelernt, innerparteiliche Widersprüche ohne Selbstzerstörung auszutragen oder zumindest auszuhalten. Zugleich ist es gelungen, die neue Partei in allen Bundesländern zu verankern. Noch nicht ausreichend, wie die letzten Landtagswahlen gezeigt haben. Auch im Osten gibt es tiefe Umbrüche, muss ein Generationenwechsel gemeistert werden. Grund zum Optimismus gibt es trotzdem.

Die Bundestagswahlen 2017 werden die Nagelprobe, ob es der LINKEN gelungen ist, ihre Rolle in der bundesdeutschen Wirklichkeit zu finden und sie ihrem Anspruch, die Gesellschaft zu verändern, gerecht wird. Wie sie das schaffen will, hat sie auf dem Bundesparteitag in Hannover umfangreich beschrieben. Es lohnt, die Reden von Katja Kipping, Bernd Riexinger, Dietmar Bartsch, Gregor Gysi und Sahra Wagenknecht zu lesen und sich nicht auf ihre mediale Widerspiegelung zu verlassen. Wer ersteres tut, wird feststellen, dass es allen führenden RepräsentantInnen der Partei um das friedens- und sozialpolitische Profil der LINKEN geht, darum dieses Land, das auch unseres ist, zu verändern. Über die Tiefe der dazu notwendigen Schritte herrscht nicht immer Einigkeit, auch nicht über den Weg. Aber diese Differenzen werden inzwischen konstruktiv ausgetragen und verhindern nicht gemeinsames Handeln, innerhalb und außerhalb der Parlamente. Im Bundestagswahlkampf definiert DIE LINKE die 2007 versprochene neue soziale Idee.

Sie wird für sie kämpfen und damit für ihre Ziele. Für existenzsichernde Renten und eine soziale Mindestsicherung, für höhere Mindestlöhne und gegen prekäre Arbeitsverhältnisse, gegen Kinderarmut und die Gleichstellung der Geschlechter, für bezahlbare Mieten und eine solidarische Gesundheitsversicherung. Einen Neustart der Europäischen Union, den sozial-ökologischen Umbau, lebenswerte Kommunen u.v.a. Jedes einzelne Ziel ist den Kampf wert. Ist es wert, für eine starke LINKE im kommenden deutschen Bundestag zu kämpfen. Und Eines ist dabei ganz sicher, niemals werden wir bei all diesen Auseinandersetzungen vergessen, dass ohne Frieden alles nichts ist.

Thomas Nord (MdB)

WAHLFRÜHSTÜCK zur Bundestagswahl

Liebe GenossInnen und SympathisantInnen, wir freuen uns darauf, gemeinsam die Bundestagswahl erfolgreich zu gestalten. Dafür haben wir ein neues Format entwickelt, das WAHLFRÜHSTÜCK.

Allen Aktiven und Passiven wollen wir die Möglichkeit bieten, Erfahrungen in angenehmer Umgebung und produktiver Ruhe austauschen zu können. Wir haben Termine ausgewählter Sonntage dazu vorgesehen. Die Treffen beginnen ab 10.00 Uhr in der Potsdamer Geschäftsstelle.

Um es ein wenig spannend zu machen gibt es an jedem der Termine ein spezielles aktuelles Thema des Wahlkampfes 2017 zu besprechen. Diese Arbeitsthemen werden aktuell erstellt und veröffentlicht.

Für Kaffee, Getränke und eventuell auch etwas mehr ist gesorgt. Wir würden uns freuen, Euch für dieses Format begeistern zu können und laden alle recht herzlich ein.

Die nächsten Termine sind am 12.08.2017 und am 26.08.2017. Im September geht es dann WÖCHENTLICH weiter.

Ort des WAHLFRÜHSTÜCKS

Geschäftsstelle DIE LINKE.Potsdam
Zeppelinstraße 7 14471 Potsdam
Telefon 0331 / 58392444
E-Mail: info@dielinke-potsdam.de

Das Wahlkreisbüro in Potsdam hat jetzt auch eine eigene Nummer: 0331 24364998

Wahlkampfhöhepunkte

Sommerfest am 26. August mit Katja Kipping

Mit dem Sommerfest im Potsdamer Lustgarten startet die Brandenburger LINKE auch in diesem Jahr wieder in die heiße Wahlkampfphase.

Neben den Brandenburger BundestagskandidatInnen, unter ihnen auch Norbert Müller, wird die Parteivorsitzende Katja Kipping zu den Gästen sprechen. Im Rahmenprogramm gibt es Kultur, eine bunte Familienwiese und ein Kinderprogramm. Ab 18.00 Uhr spielen „44 Leningrad“, „Tiefenrausch“ und „Die Sterne“ beim traditionellen „red summer Festival“. Der Eintritt ist wie immer frei.



Gysi kommt

Am 20. September wird der Vorsitzende der Europäischen LINKEN und ehemalige Chef der LINKEN- Bundestagsfraktion, Gregor Gysi, auf dem Keplerplatz in Potsdam erwartet. Die Wahlkundgebung mit den Brandenburger BundestagskandidatInnen beginnt um 16.00 Uhr.



Unser Preisrätsel:

Wer mitdenkt – gewinnt

Aufmerksame LeserInnen haben sicher schon alle vorhergehenden 11 Seiten nach einem Schmäckerchen durchforstet. Denn: Auch ein Preisrätsel gehört heutzutage in eine Wahlkampf Ausgabe. So soll es auch dieses Mal sein. Nun müssen Sie nicht wie sonst komplizierte Kreuzworträtsel lösen, um auf Lösungen zu stoßen. Nein. Wir machen's etwas einfacher dieses Mal.

Wir suchen die Hauptüberschrift, die über dem Bundestagswahlprogramm 2017 der Partei DIE LINKE steht, und die allen nachfolgenden Inhalten komprimierten Ausdruck verleiht.

Diese Schlagzeile (fünf Wörter übrigens) sollten Sie dann auf einer Postkarte notieren und an die Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE.Potsdam, Zeppelinstr. 7 in 14471 Potsdam senden. Und wenn Sie das dann richtig aufgeschrieben haben, dann sind Sie dabei, wenn wir drei Preise unter allen richtigen Lösungen auslosen.

Ach so, die Preise: zu gewinnen sind jeweils 2 x 2 Freikarten für Spiele von Babelsberg 03 und von Turbine Potsdam. Und als dritter Preis schließlich sind noch zwei Fahrradtaschen der LINKEN. Wir wünschen viel Glück.

Einladung zur Wahlparty:

Am Wahltag, 24.09.2017, läuft ab 17.00 Uhr auf dem Hof der Landesgeschäftsstelle der LINKEN in der Alleestraße 3 unsere Wahlparty. Viel Spaß schon heute. Open end.



Linkes SOMMER FEST 17
Hüpfburg ++ Clown Cocktails ++ Ponyreiten
Infostände ++ regionale & internationale Speisen
ab 10:00 Uhr: **Wahlfrühstücken**
ab 13:00 Uhr: **Politik, Kultur & Familienfest**
ab 18.00 Uhr: **red summer Festival**

26.08.17
LUSTGARTEN
AB 13 UHR / EINTRITT FREI

**DIE STERNE
TIEFENRAUSCH
44 LENINGRAD
KATJA KIPPING
u.v.m.**

DIE LINKE.

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine •

Sonabend, 02. September, 09.00 – 12.00 Uhr:
Infostand DIE LINKE in Babelsberg auf dem Wochenmarkt

Sonabend, 02. September, 09.00 – 11.30 Uhr:
Infostand DIE LINKE.Stern, Kirchsteigfeld, Drewitz (SKD) auf dem Keplerplatz

Sonabend, 09. September, 15.00 – 21.00 Uhr:
Stadtteilstadt Am Stern. Ort: auf dem J.-Kepler-Platz

Sonabend, 09. September 2017, 09.00 – 12.00 Uhr:
Infostand DIE LINKE in Zentrum Ost (am Rewe)

Montag, 11. September, 16.00 – 18.00 Uhr:
MIET-Hai-Infostand DIE LINKE.SKD, Gartenstadt Drewitz, am Wasserspielplatz

Dienstag, 12. September 2017, 16.00 – 22.00 Uhr:
WORKSHOP „Take Care - Wege für einen gemeinsamen Umgang mit Sorgetätigkeiten“. Ein Tag mit informellem Erfahrungsaustausch und Ansätzen für einen anderen Umgang mit Sorgetätigkeiten in unserer kapitalistisch geprägten Gesellschaft.
VERANSTALTUNGSORT: Projekt-haus Potsdam, Rudolf-Breit-scheid-Straße 164 in 14482 Potsdam-Babelsberg. VERANSTAL-

TER: Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg

Freitag, 15. September, 16.00 – 18.00 Uhr:
Infostand DIE LINKE.SKD auf dem Keplerplatz

Sonabend, 16. September, 09.00 – 12.00 Uhr:
Infostand DIE LINKE in Babelsberg auf dem Wochenmarkt

Sonabend, 16. September, 11.00 – 21.00 Uhr:
10. Toleranzfest, Ort: Luisenplatz, Potsdam

Sonntag, 17. September, 10.00 – 12.00 Uhr:
Rathausreport live - Frühstücken der Stadtfraktion. Ort: Bürgerhaus Sternzeichen, Galilei-straße 37/39, Café

Dienstag, 19. September, 18.00 Uhr:
Die Regionalgruppen des Rot-Fuchs Fördervereins und der GBM laden zu einer Veranstaltung aus Anlass des 500. Jahrestages der Reformation ins Lothar-Bisky-Haus, Alleestr. 3 ein. Dr. Frank Baier spricht zum Thema „Glaube und Macht“.

Sonabend, 22. September, 14.30 – 16.00 Uhr:
Infostand DIE LINKE.SKD auf dem Keplerplatz

Sonntag, 23. September, 09.00 – 12.00 Uhr:
Infostand DIE LINKE.SKD auf dem Keplerplatz

Dienstag, 26. September 2017, 18.30 Uhr:
Film&Debatte: „Zwischen den Stühlen“. Die Linksfraktion im Landtag plant gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg eine Veranstaltung zum Thema Lehrerbildung im Thalia-Kino in Potsdam Babelsberg.